

# Die Position der Sächsischen Staatsregierung zur Energiewende und die Rolle der Bundesländer in diesem Prozess

Jörg Pichler, Referatsleiter, Sächsische Staatskanzlei

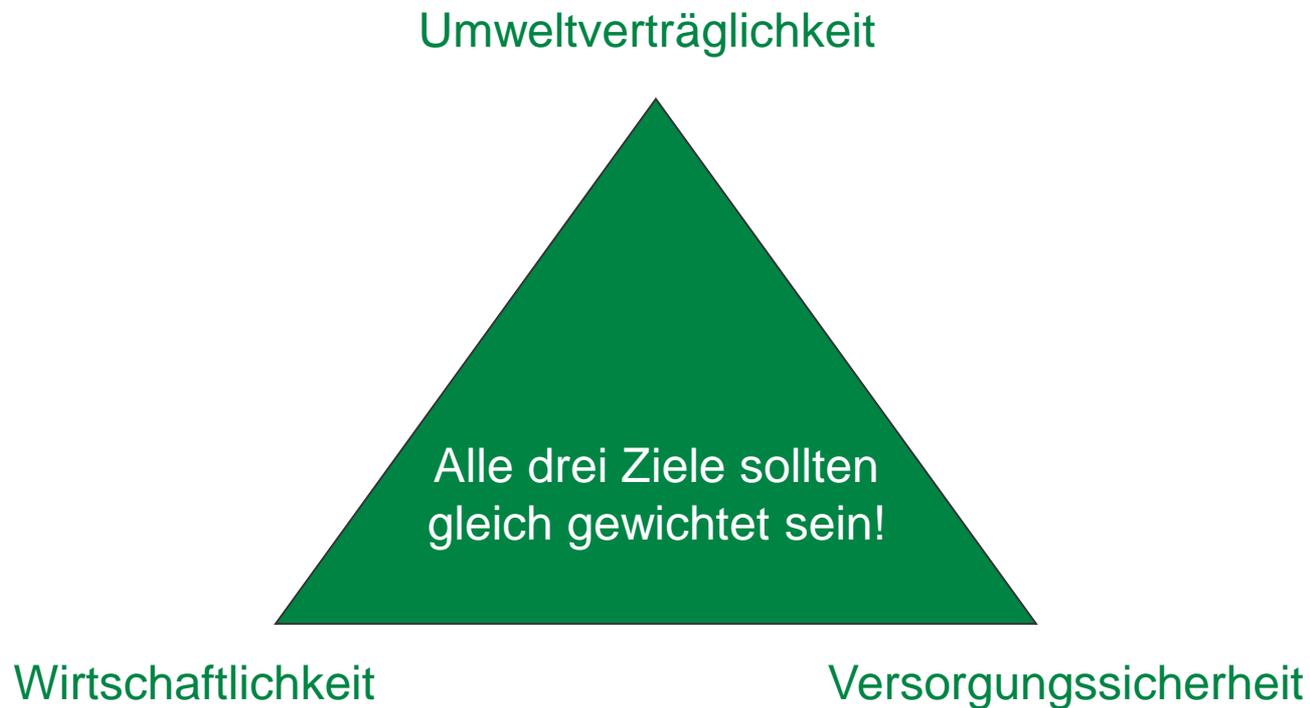


Dresden, 3. Dezember 2014

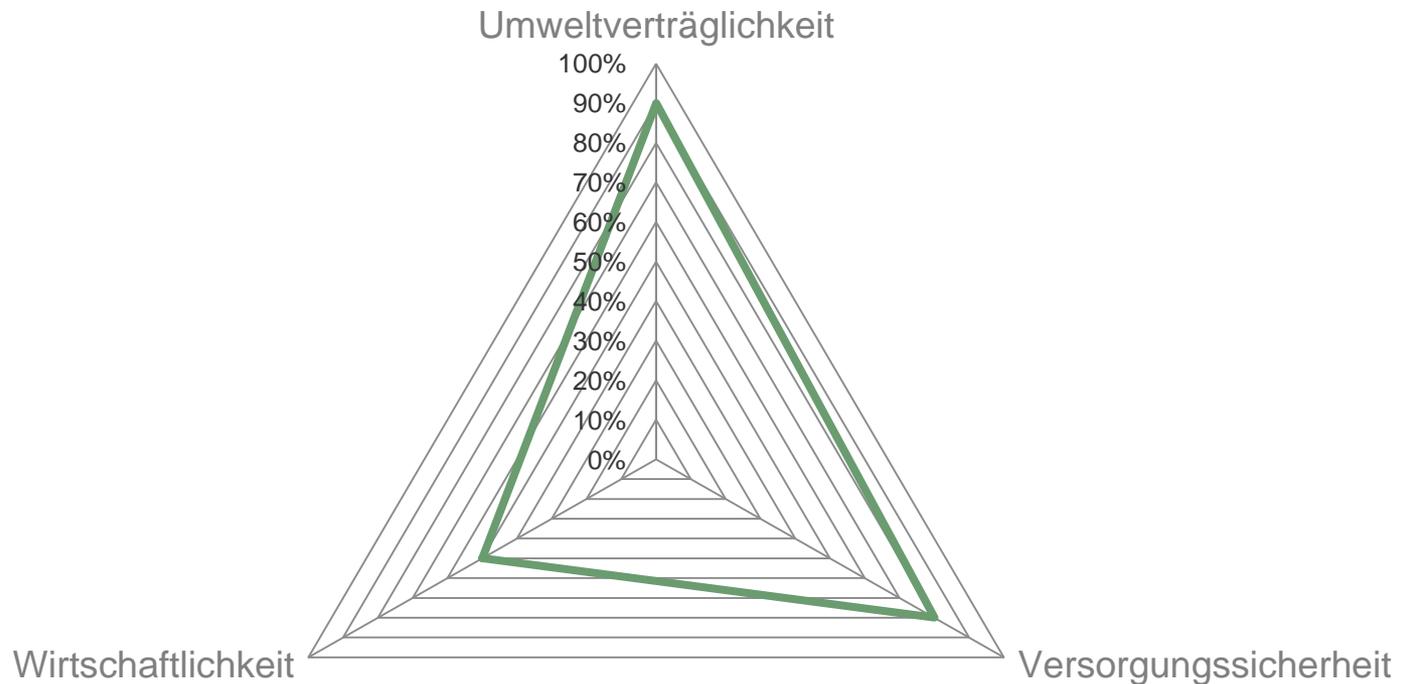
„Wir müssen endlich mal Schluss machen mit den Illusionen in der deutschen Energiepolitik. Man kann nicht zeitgleich aus der Atomenergie und der Kohleverstromung aussteigen. Wer das will, sorgt für explodierende Stromkosten, Versorgungsunsicherheit und die Abwanderung großer Teile der deutschen Industrie.“

*Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel  
in der Lausitzer Rundschau vom 11. November 2014*

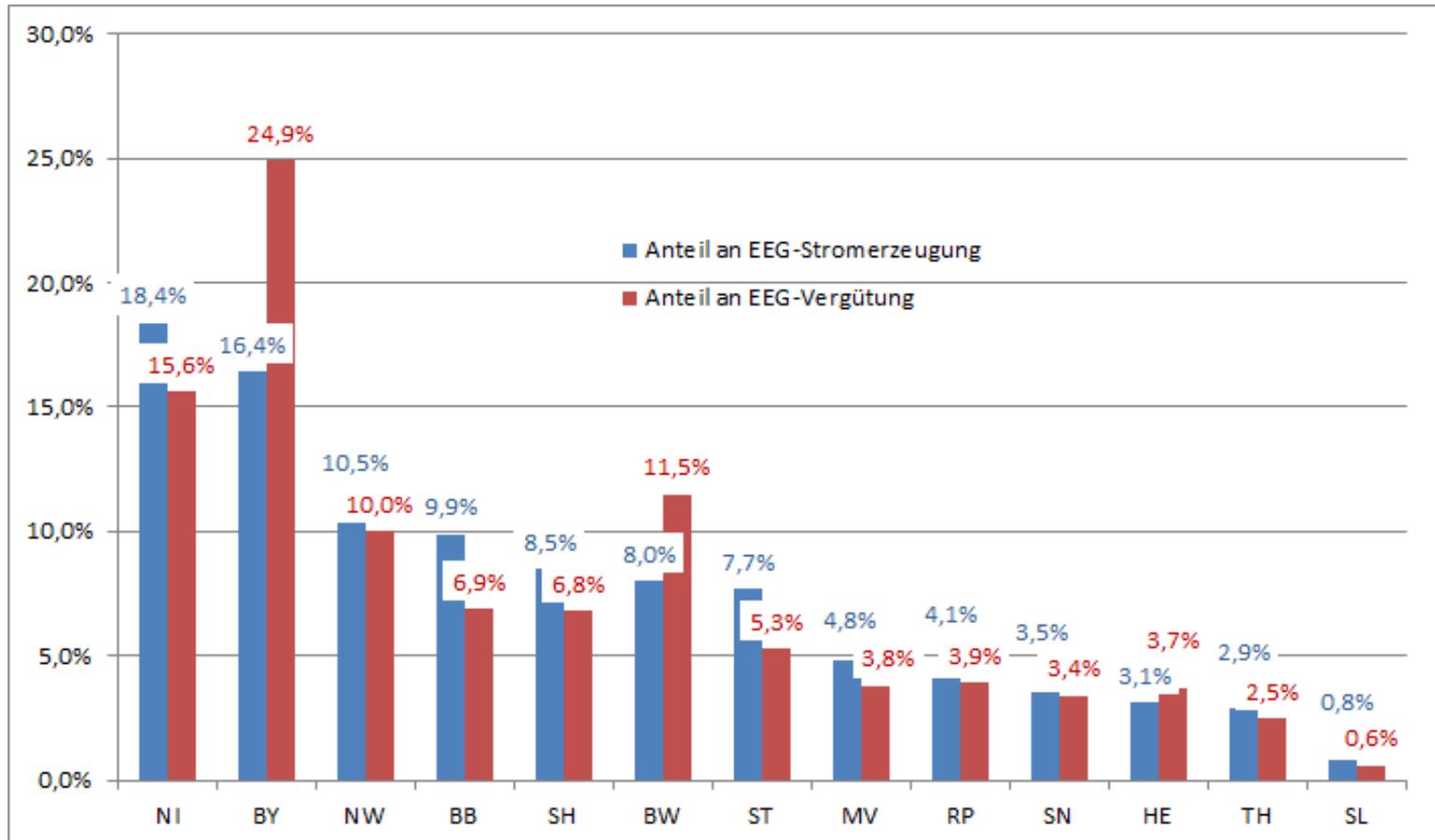
# Energiepolitisches Zieldreieck



# Derzeitige Situation: Zielerreichung (aus Sicht der Sächsischen Staatsregierung)

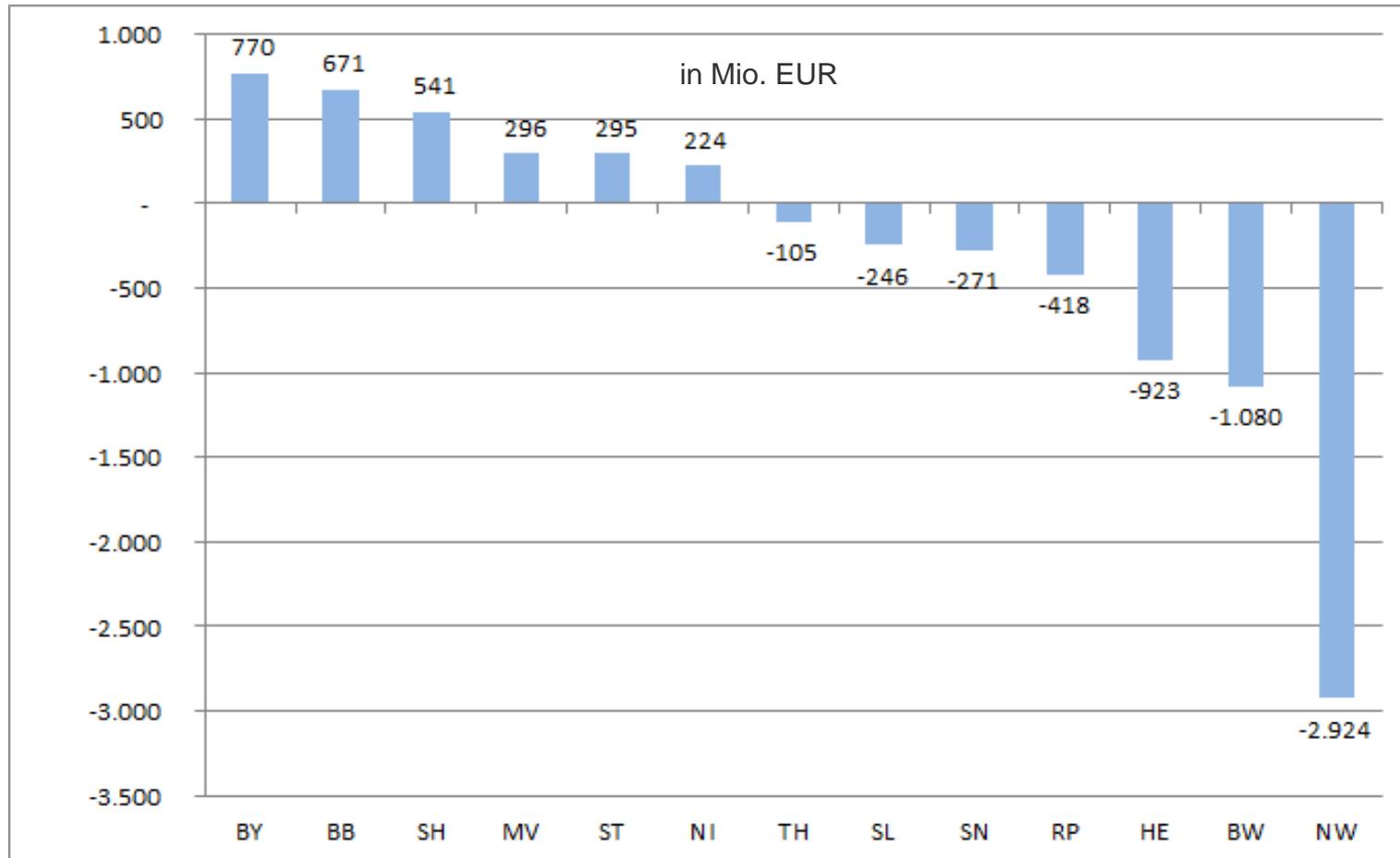


# Länderanteile an EE-Stromerzeugung und EEG-Vergütung 2012 (nur Flächenländer)



Quelle: BDEW, Erneuerbare Energien und das EEG: Zahlen, Fakten, Grafiken (2014).

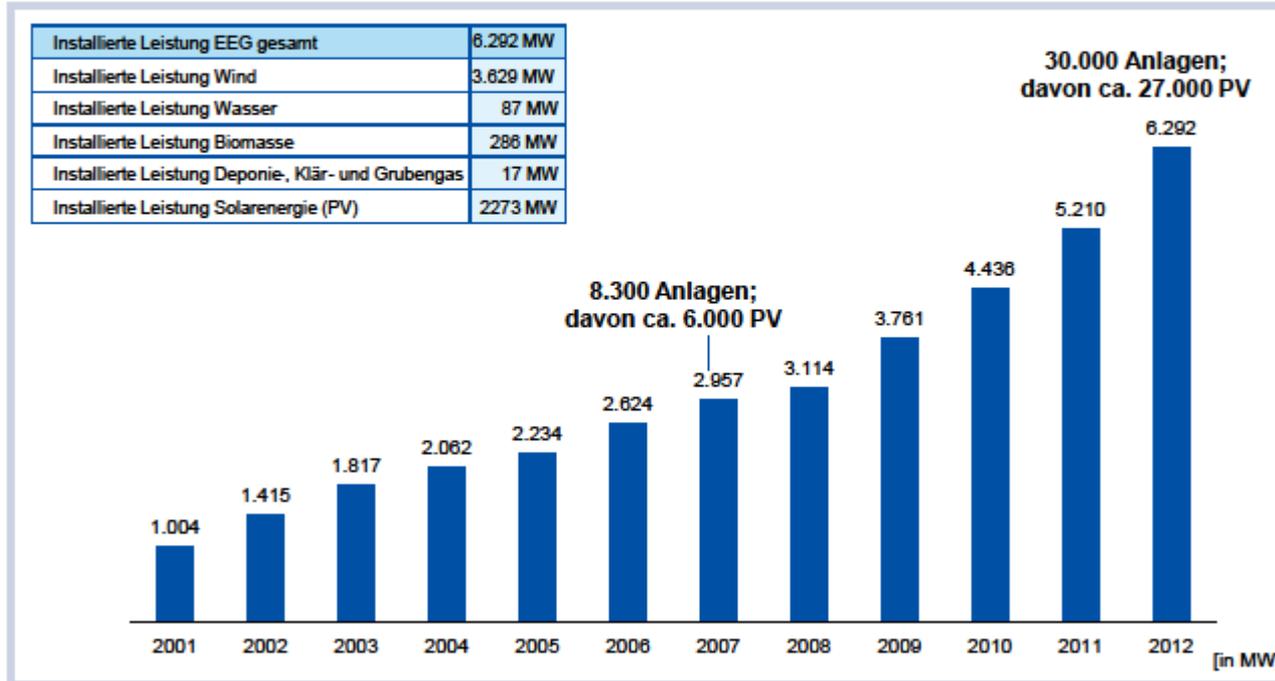
# EEG-Salden der Flächenländer 2013



Quelle: BDEW, Erneuerbare Energien und das EEG: Zahlen, Fakten, Grafiken (2014).

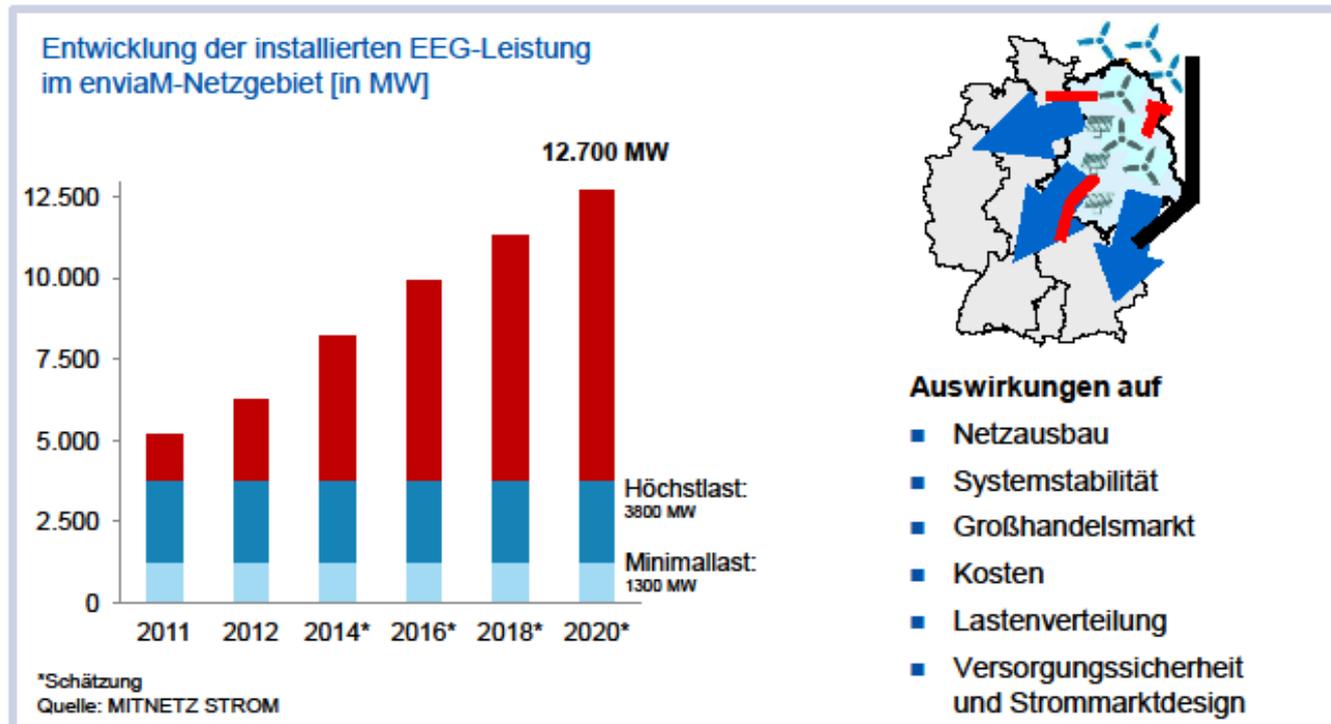
# Dynamische Entwicklung der Stromerzeugung aus EE...

Im Zeitraum 2007 bis 2012 hat sich die Anzahl der EE-Anlagen im Netzgebiet von enviaM mehr als verdoppelt.



# ... und Konsequenzen eines weiter steigenden EE-Anteils

Die installierte EE-Kapazität im enviaM-Netzgebiet kommt bis 2020 bei unveränderter Entwicklung auf das Dreifache der Höchstlast.



# Entwicklung des Strompreises

## Strompreis für Haushalte



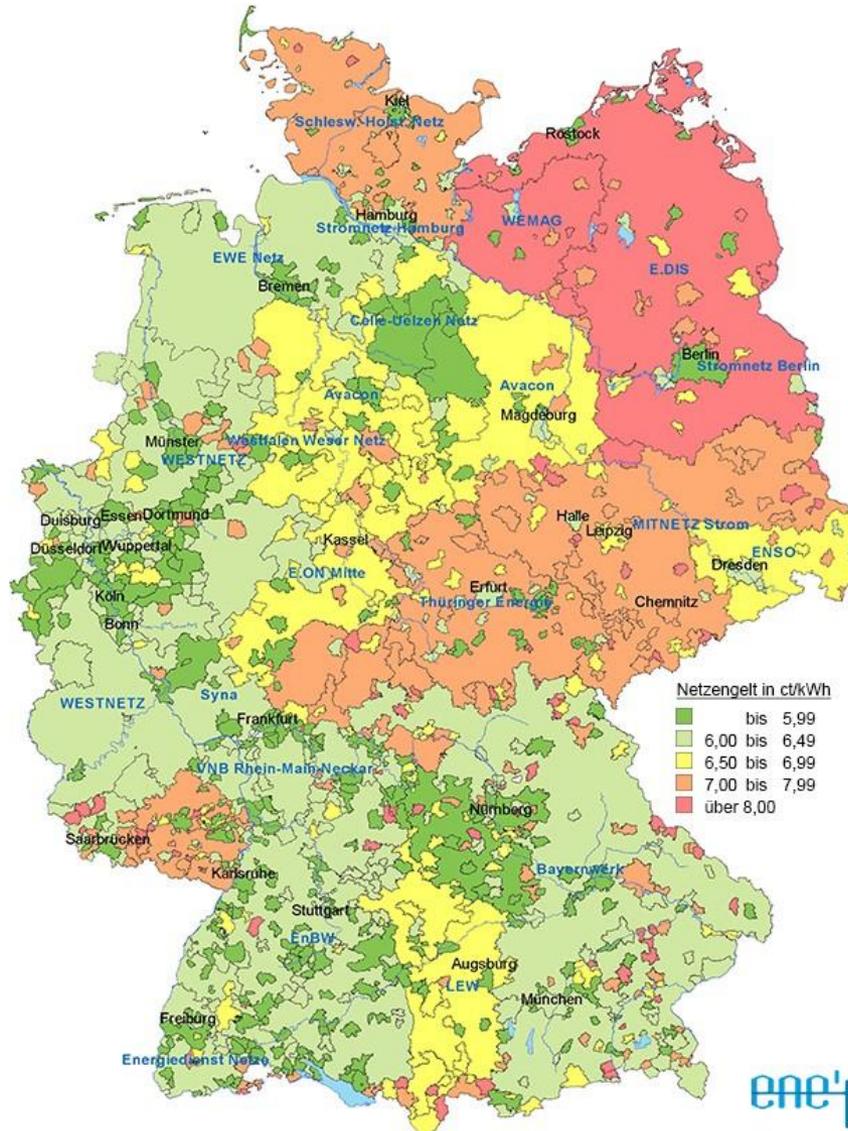
Durchschnittlicher Strompreis eines Drei-Personen-Haushaltes in ct/kWh  
Jahresverbrauch von 3.500 kWh



\* ab 2010 Anwendung AusgleichMechV

Quelle: BDEW, Stand: 10/2013

# Höhe der Netzentgelte 2014



**Ursachen** für die deutlich höheren Netzentgelte in Ostdeutschland sind nicht nur

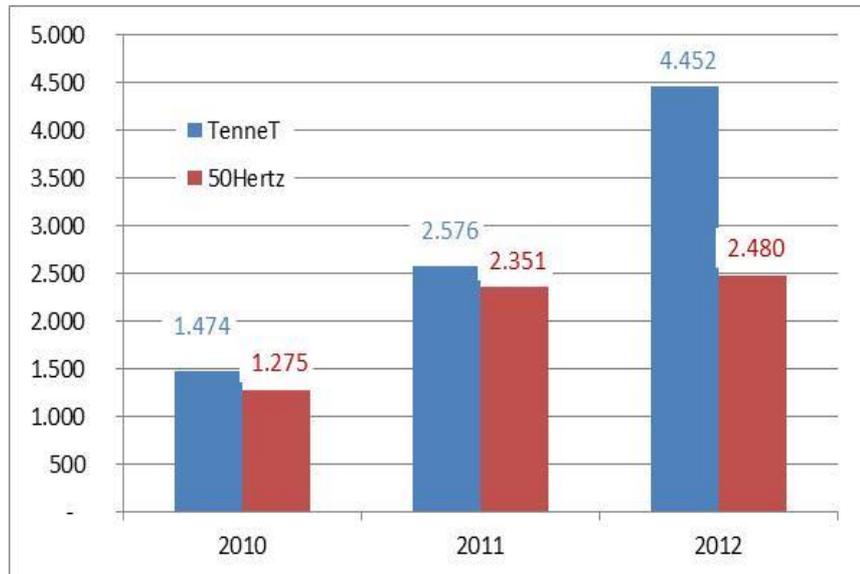
- die geringere Industriedichte und
- die ungünstige demografische Entwicklung, sondern vor allem auch
- der deutlich **höhere Anteil von EE-Anlagen.**

Aus letzterem resultieren nicht nur ein hoher Anbindungsaufwand, sondern auch zunehmende Kosten aus

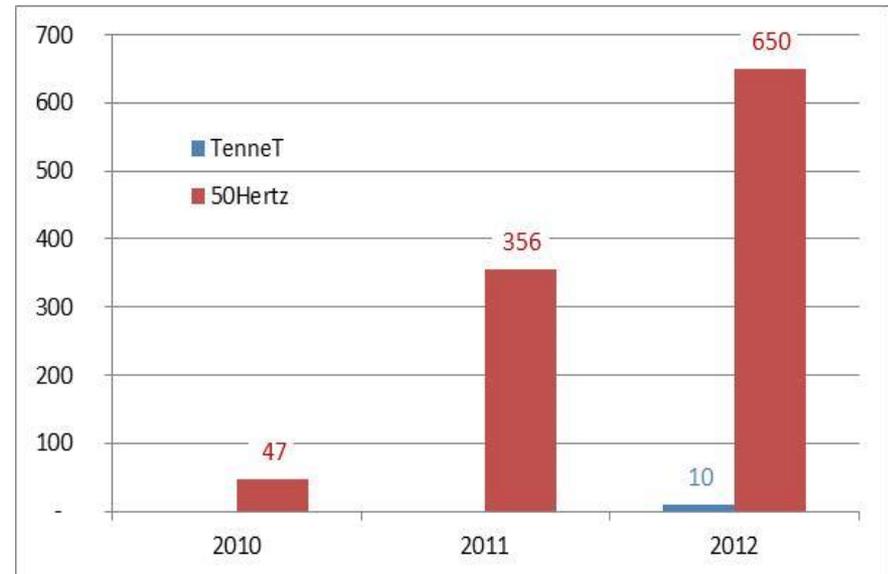
- Netzeingriffen und
- vermiedenen Netzentgelten.

# Entwicklung der Netzeingriffe

Eingriffsstunden mit Maßnahmen  
nach § 13 (1) EnWG (Redispatch)



Eingriffsstunden mit Maßnahmen  
nach § 13 (2) EnWG (Abregelung EE-Anlagen)



Quelle: 2. Monitoring der Energiewende, vbw, Dezember 2013.

# Wirtschaftlichkeit

## I Aktuelle Situation

- Strompreis hat sich seit 2000 mehr als verdoppelt → Treiber war insbes. die EEG-Umlage
- z. T. volkswirtschaftlich kontraproduktiver Wettbewerb der Bundesländer um EE: Wertschöpfung vs. Effizienz
- Reform des EEG war daher ein erster, weit überfälliger Schritt (insbes. Ausbaugrenzen für EE-Arten, verpflichtende Direktvermarktung und Übergang zur Ausschreibung sind richtige Ansätze)
- 2015 erstmalig leichter Rückgang der EEG-Umlage, aber: weitere Entwicklung entscheidend
- Regional große Spreizung bei Netzentgelten; Netzausbau lässt weitere Steigerung der Netzentgelte und – auf der Verteilnetzebene – noch stärkere Spreizung erwarten

## I Handlungsbedarf

- „Teufelskreis“ (zunehmender EE-Anteil → sinkender Börsenstrompreis → steigende EEG-Umlage) muss durchbrochen werden
- Länderwettbewerb zu Lasten der Stromverbraucher beenden!
- Statt dessen: bessere Synchronisation des EE-Zubaus mit Netzausbau und Speicherentwicklung notwendig
- Gerechtere Verteilung der Netzentgelte (Energiewende ist gesamtstaatliche Aufgabe)
- These: EEG 2014 wird nicht die letzte Reform sein!

# Umweltverträglichkeit

## I Aktuelle Situation

- Ziel der Bundesregierung, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 40% gegenüber 1990 zu reduzieren, wird möglicherweise verfehlt
- Aber: Dieses Ziel wurde **vor dem Atomausstieg** gefasst! Inzwischen haben wir eine ganz andere Situation: Die grundlastfähigen und kostengünstigen Atomkraftwerke werden in den nächsten Jahren komplett stillgelegt.
- Ein gleichzeitiger Ausstieg aus Atom- und Kohleenergie ginge zu Lasten der übrigen beiden Ziele!

## I Handlungsbedarf

- Keine einseitige Orientierung am CO<sub>2</sub>-Ziel; statt dessen berücksichtigen, dass der Atomausstieg ebenfalls zu einer deutlichen Umweltentlastung (Stichwort: Zwischen- und Endlagerung von Atommüll) beiträgt → ggf. angemessene Korrektur des CO<sub>2</sub>-Ziels
- Keine willkürlichen staatlichen Eingriffe zu Lasten der Kohle, die wir als Brückentechnologie noch längere Zeit benötigen
- Statt dessen Stärkung des Zertifikatehandels als marktwirtschaftliches Steuerungselement
- Steuerung auf höherer Ebene (EU) akzeptieren, weil schärfere nationale Umweltziele sonst nur zu einer Verschiebung der Emissionen in andere Staaten führen

# Versorgungssicherheit

## I Aktuelle Situation

- Aktuell durch strategische Reserve gesichert
- Aber: Was wird, wenn die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen und die notwendigen Nord-Süd-Stromtrassen noch nicht fertig sind?

## I Handlungsbedarf

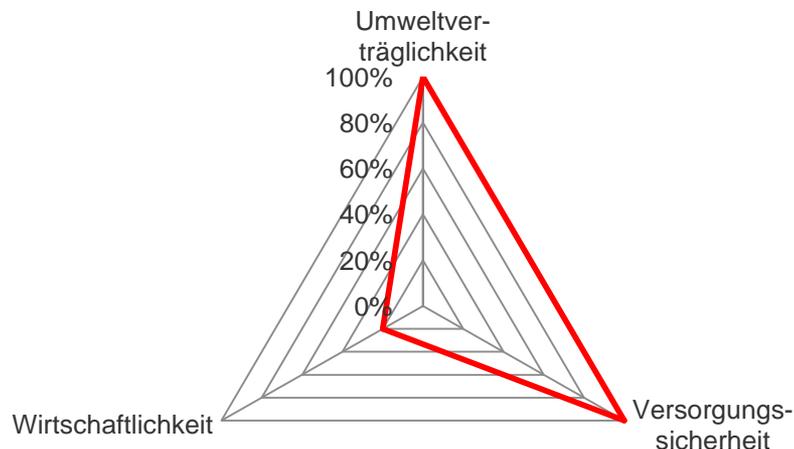
- Netzausbau konsequent umsetzen (politische Störfeuer und Eigeninteressen der Länder wenig hilfreich)
- **Derzeit kein Bedarf für einen Kapazitätsmarkt** (ginge nur weiter zu Lasten der Wirtschaftlichkeit)
- Statt dessen: Preisspitzen zulassen, keine Zwangsabschaltung von Kohlekraftwerken
- Bei weiter steigendem EE-Anteil brauchen wir leistungsfähige Speicher (für die Stunden im Jahr, wo Solar- und Windstrom weniger als 10% der benötigten Last abdecken)
- Etwaige ergänzende Kapazitätsmechanismen nur nach gründlicher Bedarfsanalyse und möglichst ohne größere staatliche Eingriffe

# Zwei denkbare Szenarien

## Szenario 1:

### (Konzentration auf zwei Ziele)

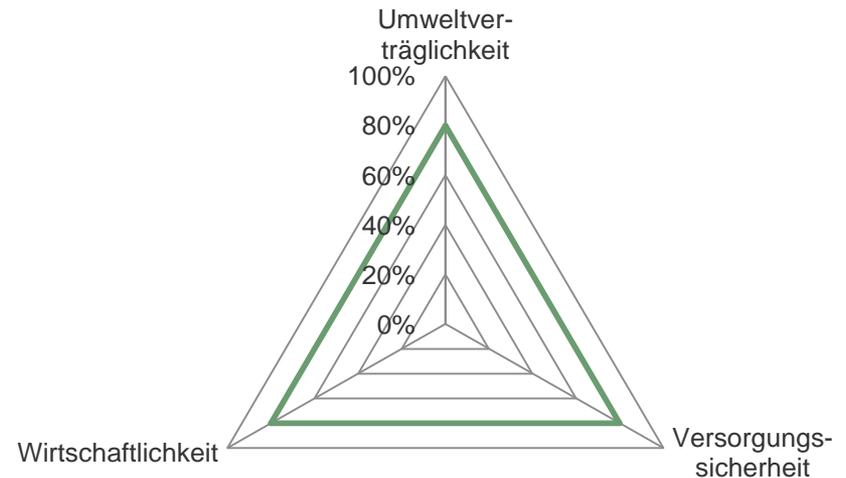
- Starres Festhalten am CO<sub>2</sub>-Ziel und Ausstieg aus der Kohleverstromung,
- Einrichtung eines fokussierten Kapazitätsmarktes (zu Gunsten von Gaskraftwerken)



## Szenario 2:

### (alle Ziele gleichmäßig im Blick)

- Realistische Anpassung des CO<sub>2</sub>-Ziels,
- Kein Kapazitätsmarkt, sondern gesamteuropäische Lösung der Versorgungssicherheit,
- Bei Bedarf grundlegende EEG-Reform



# Was hätte Szenario 1 für Konsequenzen?

## Ein vom BDI in Auftrag gegebenes Gutachten sieht als Folge:

- Verlust an Wertschöpfung von mehr als 70 Mrd. EUR in der Dekade ab 2020
- Gefährdung von bis zu 74.000 Arbeitsplätzen
- Anstieg des Börsenstrompreises bis 2020 um rund ein Fünftel → dies würde aber immer noch nicht ausreichen, um Gaskraftwerke rentabel zu betreiben
- Konsequenz wäre, dass preiswerter Kohlestrom aus dem Ausland (z.B. Polen) nach Deutschland importiert werden müsste, um die Versorgung in Deutschland zu sichern

→ *Sieht so nachhaltige Klimapolitik aus?*

## Was kann Sachsen beitragen, um statt dessen Szenario 2 zu erreichen?

- Moderate und volkswirtschaftlich vernünftige EE-Ausbauziele (keine Teilnahme am Überbietungswettbewerb)
- Verhinderung eines unnötigen Kapazitätsmarktes
- Beitrag zur Speicherforschung (Sachsen als Land der Ingenieure)
- Konsequente Unterstützung des notwendigen Netzausbaus
- Eintreten für gleichmäßigere Verteilung der Netzkosten
- Braunkohle als Partner der EE und wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Lausitzer Region

# Umsetzung im sächsischen Energie- und Klimaprogramm 2012

## I Moderater Ausbau der erneuerbaren Energien in Sachsen

- kein Ausbremsen der EE, sondern verantwortungsbewusste Abwägung aller Aspekte
- im Ergebnis Anpassung des EE-Ausbauziels bis 2020 auf 28% (Anteil der EE am Bruttostromverbrauch)

## I Erhaltung der Akzeptanz für die Energiewende

- konsequente Berücksichtigung von Naturschutzaspekten
- weiterer Ausbau der Windenergie unter Beachtung der lokalen Akzeptanz

## I Braunkohle als Partner der erneuerbaren Energien

- einheimischer, kostengünstiger und grundlastfähiger Energieträger
- sorgt für Netzstabilität und Versorgungssicherheit

# Aussagen aus dem aktuellen sächsischen Koalitionsvertrag

- EE-Ausbau im Einklang mit der Anpassung der Netzstruktur und der Speicherkapazitäten
- Begrenzung der Kosten der Energiewende und faire Lastverteilung
- Orientierung an den EE-Ausbauzielen des Bundes (die derzeit bis 2025 bei 40-45% und bis 2035 bei 55-60% liegen)
- Frühzeitige Bürgerbeteiligung bei Windkraft- und Netzausbau
- Stärkung der Energieforschung → Masterplan Energieforschung und Speichertechnologie
- Verbesserung der Energieeffizienz
- Braunkohleverstromung so lange notwendig, wie EE nicht in gleichem Maße Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit gewährleisten

# Die Position der Sächsischen Staatsregierung zur Energiewende und die Rolle der Bundesländer in diesem Prozess

Jörg Pichler, Referatsleiter, Sächsische Staatskanzlei



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!